

Seniorenbeirat der Stadt Laubach

Tätigkeitsbericht 2022

gem. § 6 der Satzung des Seniorenbeirates

Zum ersten Mal in der jungen Geschichte des Seniorenbeirats sind durchweg alle Ortsteile entsprechend der Satzung mit einem stimmberechtigten Mitglied vertreten. Etwas verspätet wurde aus Gonterskirchen Herr Reinhold Weißer benannt, der ab der am 11.07.2022 abgehaltenen Sitzung teilnahm. Gonterskirchen hat auch ein stellvertretendes Mitglied benannt, Herrn Hans-Georg Teubner-Damster.

Es waren sechs Sitzungen geplant, fünf Sitzungen fanden statt. Eine Sitzung musste verschoben werden, weil nicht bedacht worden war, dass ... die Feder sträubt sich, es zu schreiben ... das Ausschussfest trotz Corona stattfinden könnte, und die Sitzung ganz unglücklich terminiert war. Das soll nicht wieder vorkommen. Es gab dann auch noch Schwierigkeiten mit der Raumbellegung.

Es fanden öffentliche Sitzungen statt an diesen Terminen:

07.02.2022

04.04.

11.07.

10.10.

28.11.

Die Einladungen erfolgten jeweils satzungsgemäß und fristgerecht, in allen Fällen war Beschlussfähigkeit gegeben und es wurden ordnungsgemäße Sitzungsniederschriften angefertigt.

1.) In der ersten Sitzung des Jahres (7. Februar) stellte der **Jugendbeauftragte**, Herr Patrick Thienelt, seine Arbeit vor bzw. seine Vorstellungen, wie er verfahren will. Anschließend stellte er sich den Fragen aus dem Seniorenbeirat. Es wurde auch darüber gesprochen, dass Kooperationen zwischen Senioren und

Jugendlichen denkbar seien. Etwa, indem Senioren einzelne unsichere Jugendliche als eine Art Lotse in den Berufseintritt begleiten. Oder: Andersherum könnten jugendliche Senioren in den Umgang mit PC, Internet und Email, Tablet oder Smartphone einführen. Aber die Jugendarbeit in Laubach nahm gerade erst wieder Fahrt auf, und auch der Seniorenbeirat ist noch recht neu in der jetzigen Zusammensetzung. Wir halten die Augen offen.

2.) In der Sitzung im Dezember 2021 hatte der Seniorenbeirat sich mit der Frage **Gemeindeschwester/Gemeindepfleger für Laubach** beschäftigt. Es war erwartet worden, dass das Hessische Ministerium für Soziales und Integration im Herbst 2022 ein neues Förderprogramm in dieser Richtung auflegt. Dann wollte man sich erneut dieses Themas annehmen. Tatsächlich wurde ein neues Programm eingerichtet. Dies wurde aber erst nach unserer letzten Sitzung des Jahres bekanntgegeben, in einer Pressemitteilung des Ministeriums am 1. Dezember, die hier zu finden ist: > <https://soziales.hessen.de/presse/land-fuehrt-foerderung-von-gemeindepflegerinnen-fort> < Der Seniorenbeirat wird gleich in seiner ersten Sitzung im Jahr 2023 sich damit befassen.

3.) Von der ersten Sitzung des Jahres 2022 an hat das Thema „**Senioren-WG**“ den Beirat beschäftigt. Damit ist gemeint, dass Seniorinnen und Senioren in eigener Verantwortung in einem Haus oder einer großen Wohnung zusammenleben. Jeder Bewohner/jede Bewohnerin hat einen eigenen Bereich und kann nach Wunsch für sich alleine sein. Es gibt aber auch einen gemeinschaftlichen Bereich für Beisammensein usw. Die Bewohnerinnen und Bewohner können sich gegenseitig aushelfen und bemerken bspw. wenn es jemandem nicht gut geht und vielleicht ein Arzt gerufen werden muss. Es gibt Interessentinnen, und der Seniorenbeirat unterstützt sie gerne bei der Suche nach einem geeigneten Objekt. Dabei ist festzustellen, dass es in Laubach nur wenig **altersgerechten Wohnraum** gibt. Bei einem jetzt schon geschichtlich beispiellos hohen Anteil betagter Menschen, der schnell noch anwachsen wird, sollten alle in der Kommune Verantwortlichen sich der Aufgabe stellen, mehr Wohnraum für ältere Menschen zu schaffen.

4.) Der Punkt **altersgerechter Wohnraum** und **Senioren-WG** einerseits und der zuvor genannte **Gemeindeschwester/Gemeindepfleger** sind im Zusammenhang zu betrachten. Das gegenwärtige System der Alten- und Pflegeheime in der Verbindung, mit ambulanter Pflege und häuslicher Pflege durch Angehörige wird den sich aktuell aufbauenden Anforderungen nicht mehr gerecht werden können.

Die Kosten werden rapide ansteigen, und von den schon jetzt zu wenigen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Altenpflege (man rechnet derzeit schon mit etwa 10 000 unbesetzten Stellen in der stationären Altenpflege) treten in baldiger Zukunft viele selbst in den Ruhestand ein. Es ist jetzt schon abzusehen, dass Jüngere in so geringer Zahl nachrücken, dass bei weitem nicht einmal die jetzt noch besetzten Stellen ausgefüllt werden können. Dies angesichts ganz erheblich ansteigenden Bedarfs. Es wird schnell eine immer größer werdende Lücke klaffen.

Andererseits sind viele Alte heute noch lange imstande, weitgehend für sich selbst zu sorgen, z.B. dann, wenn sie sich gegenseitig unterstützen können. Diese bedürfen nicht einer Heimbetreuung, aber sie brauchen geeigneten, d.h. barrierefreien, Wohnraum, möglichst in der Nähe von Ärzten, Apotheken und Einkaufsmärkten für den täglichen Bedarf. Weiterhin sind flankierende Hilfsstrukturen erforderlich. Solche bestehen zum Beispiel in einem Einkaufsservice, evtl. auch in einem Transportdienst, Hauswartung und -reinigung. Darüber hinaus ein Behördenlotse oder eine Behördenlotsin, der oder die helfen kann bei behördlichen Schreiben, Schreiben der Bank usw., beim Ausfüllen notwendiger Formulare. Dazu bei Bedarf medizinische oder pflegerische Betreuung, die nicht beständig verfügbar sein muss, aber akut tätig werden kann. Diese flankierenden Möglichkeiten sollten flexibel einsetzbar sein, je nach dem konkreten Bedarf der betreffenden Seniorinnen und Senioren.

Auch weitere Wohnformen sind denkbar und mancherorts schon verwirklicht: Mehrgenerationenimmobilien, in denen Jung und Alt wohnen. Im Erdgeschoß schwellenfreier Wohnraum für Alte und Behinderte, in anderen Gebäudeteilen Wohnungen für junge Familien. Mit einem geschützten Hof, in dem die Kinder gefahrlos spielen können, die Alten im Freien sich treffen und zusammen sitzen können, in dem Feste gefeiert werden können, gemeinschaftliche Aktivitäten möglich sind. Es ergibt sich Nachbarschaftshilfe. Zusammen mit Ehrenamt müssen dann nicht alle anfallenden Kosten von der Allgemeinheit bzw. der Versicherungsgemeinschaft getragen werden. Es ist wichtig, gleich bei allen Neuplanungen und Ausschreibungen solche Ideen zu verfolgen und mit entsprechend erfahrenen Architekten zusammen zu arbeiten. Die Alten nicht in Einrichtungen abschieben, sondern wo immer möglich mitten im Leben belassen!

Wir werden jetzt viel Gedankenarbeit und Kreativität in die Schaffung und Formung solcher Möglichkeiten investieren müssen, wenn wir vermeiden wollen, dass die Öffentlichkeit bald wieder einmal vor einem Probleberg steht und jeder zeigt sich dann überrascht. Die Probleme aber werden letztlich in der Kommune anfallen und dort gelöst werden müssen. Und genau hierhin gehört auch die Gemeindegemeinschaft bzw. der Gemeindepfleger, gekoppelt mit Beratung. Wichtig hier ist Beratung, die an einer Stelle stattfindet, anstelle eines Dschungels an

Vorschriften und Beratungsstellen. Es geht um die Beantragung von Leistungen der Pflegeversicherung, sonstige mögliche finanzielle Leistungen, Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen, Suche nach Hilfsangeboten, Angebote für pflegende Angehörige.

Aktuell konnte noch kein Wohnraum für eine erste Senioren-Wohngemeinschaft gefunden werden. Ein möglicher Investor hat sich prinzipiell bereit erklärt, in einem geeigneten Objekt sich zu engagieren.

Die Suche nach einer solchen Immobilie muss aus den genannten Gründen für alle Verantwortlichen der Kommune eine Notwendigkeit sein! Es muss vermieden werden, dass erst dann nach Lösungen gesucht wird, wenn die Probleme akut aufbrechen. Die Entwicklung ist jetzt absehbar, und folglich muss jetzt gehandelt werden. Der Seniorenbeirat wird kooperieren und Lösungen mitentwickeln. Er ruft deshalb Stadtverordnetenversammlung, Magistrat, die Ortsverbände der Parteien und die Wählergemeinschaften seinerseits dazu auf, tätig zu werden. Auch die Pfarrgemeinden und die hier vertretenen Sozialverbände, letztlich die gesamte Zivilgesellschaft, alle müssen sich hier einbringen. In einem ersten Schritt muss die Problemlage formuliert werden, im zweiten Schritt ist diese zu konkretisieren auf Laubach, daraus folgend sind Lösungen zu konkretisieren.

5.) Ein großer Anteil älterer Menschen, der noch weiter ansteigt. Damit einher geht ein wachsender Anteil von **Menschen**, die **in ihrer Mobilität eingeschränkt** sind. Und Gehbehinderten, egal welchen Alters, müssen auf jeden Fall alle Möglichkeiten der Teilhabe offenstehen. Sie brauchen also **barrierefreien Zugang** zu Veranstaltungen, bestimmten Gebäuden und Plätzen. Die betreffenden Gebäude sollten auch **im Inneren hindernisfrei** sein. Nötig sind ebenso **rollstuhlgerechte Toiletten**.

Der Seniorenbeirat hat sich darauf verständigt, in einem ersten Schritt alle in dieser Hinsicht relevanten Stellen in Laubach zu identifizieren. Es betrifft städtische Gebäude wie Rathaus und Dorfgemeinschaftshäuser. Es geht aber auch um Kirchen und kirchliche Gemeinderäume, um Vereinsheime sowie Gaststätten und Einkaufsmärkte. Überdies müssen auch Unternehmen ohne direkten Kundenverkehr in der Lage sein, Körperbehinderte auszubilden, zu beschäftigen, als Geschäftspartner zu empfangen. Auch Friedhöfe sollten im genannten Sinn barrierefrei erreichbar sein ebenso Kirmesplätze.

Im nächsten Schritt gilt es, jede dieser Stellen im Hinblick auf Barrierefreiheit zu bewerten. Auf diese Weise wird ein **Kataster** erstellt, aus dem hervorgeht, wo **Barrierefreiheit** besteht und wo sie zu schaffen ist. Es gibt bereits entsprechend Gebautes, aber an vielen Stellen herrscht noch Bedarf. Es wird nicht möglich sein,

alle diese Mängel gleich zu beheben. Das genannte Kataster dient dazu, dass dieses Thema in den Blick rückt und fest ins Bewusstsein aller eingeht, so dass bei jeder Neu-, An- oder Umbaumaßnahme die geeignete Barrierefreiheit mitgedacht und realisiert wird. Der Seniorenbeirat wird die Sache beständig verfolgen und die Eintragungen des Katasters aktuell halten. Dieses kann auch bei Priorisierungen hilfreich sein. Verantwortliche müssen bei Bauvorhaben usw. von sich aus **rechtzeitig an den Seniorenbeirat herantreten!**

6.) Auch in anderer Hinsicht gilt es, auf Mitmenschen einzugehen, die in ihrer Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind. Laubach liegt in reizvoller Umgebung, die zu Bewegung in freier Natur einlädt. Doch in dieser Mittelgebirgslandschaft weisen die Spazierwege häufig zu starke Steigungen bzw. Gefälle auf und Unebenheiten, die es manchem schwer machen. Doch Bewegung im Freien, mit der Möglichkeit anderen zu begegnen, kann in ihrer Wirkung auf Gesundheit und Wohlbefinden kaum überschätzt werden. Deshalb ist der Seniorenbeirat an die politischen Gremien der Stadt herantreten mit dem Ansinnen, einen sogenannten **Komfortweg** einzurichten. Das ist ein Weg, der wenig Steigung aufweist und eine ausreichend ebene Wegeoberfläche besitzt. Dieser Weg soll auch von Rollstuhlfahrern benutzt werden können, er wäre außerdem eine einladende Möglichkeit für junge Menschen (und Großeltern) mit Kinderwagen.

Ein solcher Weg kann sehr attraktiv gestaltet werden: Eine saubere und klar verständliche Beschilderung (Es gibt für Wanderwegweiser eine Normung nach DIN, an der Alpenverein und andere Wandervereine mitgewirkt haben). Die Wegweiser sollen auch im Sinne von Corporate Identity auf unsere Stadt hinweisen. Ansprechend gestaltete, wetterbeständige und sicher verankerte Ruhebänke in geeigneten Abständen, ein Platz mit Spielgeräten für Kinder, ein ebensolcher mit modernen Trimmgeräten für Erwachsene, evtl. auch für beide Spiel- und Trimmgruppen integriert, Hinweisschilder zu lokalen Besonderheiten, Kunstwerke am Weg, vorzugsweise solche, bei denen die Vorbeikommenden etwas tun können.

Das ist so gesehen ein umfangreiches Projekt. Wir sind allerdings der Meinung, dass „Großprojekte“ wo immer möglich zu vermeiden sind. Ein Vorgehen „auf Sicht“ ist möglichst vorzuziehen. Die genannten Ausstattungsmerkmale können schrittweise umgesetzt werden. Zu beginnen wäre mit der Beschilderung, danach wären die Sitzbänke an der Reihe usw. Der Seniorenbeirat will seinen Beitrag für eine regelmäßige Wartung leisten, indem Engagierte regelmäßig den Weg abgehen, übliche Verschmutzungen abwischen, Abfall aufsammeln und Beschädigungen melden. Zu vermeiden ist damit, dass etwas errichtet wird, das in zehn Jahren dann in unschönem und vernachlässigten Zustand sich dem

unerfreuten Auge darbietet. Eine solche Einrichtung ist außerdem gut in die Fremdenverkehrswerbung der Stadt einzubauen. Seit der Corona-Pandemie gibt es einen deutlichen Zuwachs des innerdeutschen Tourismus', dieser bringt wiederum einen erhöhten Anteil älterer Menschen. Die von uns vorgeschlagene Strecke reicht bis nahe an das Hotel „Waldhaus“ heran. Auch das würde der Attraktivität dienen. Die Kinder des Waldkindergartens könnten den vorgesehenen Spielplatz gut erreichen und so käme es zur Belebung und zur Begegnung der Generationen.

7.) In der letzten Sitzung des Jahres 2022 beschäftigte sich der Seniorenbeirat ausführlich mit der Thematik **Klimakrise** und Maßnahmen zur Abhilfe. Die Seniorinnen und Senioren wollen, dass **die Welt auch für ihre Enkel bewohnbar** ist! Hierzu referierte Prof. Dr. Sauerborn, der Vorsitzende des städtischen Beirats für Natur, Umwelt und Klima. Dieses Thema beschäftigt offenbar viele Mitbürgerinnen und Mitbürger. Es kamen mehr interessierte Gäste als sonst zur Sitzung. Demgemäß wurde im Anschluss an die Ausführungen Herrn Sauerborns engagiert diskutiert. Sonnenvoltaik muss dringend ausgebaut werden, auf Dächern und auf Freiflächen. Gleichermaßen wichtig ist der Ausbau des Fernwärmenetzes.

Da fällt auf, dass es im Gewerbegebiet zwischen der Kernstadt und Wetterfeld sehr viel Parkfläche gibt. Nicht mal zu jeder Zeit vollgeparkt, also teilweise ungenutzte versiegelte Fläche. Versiegelte Fläche in unserem dichtbesiedelten und entsprechend bebauten Land muss dringendst eingespart werden, wo immer es geht. Diese Parkplätze, die es nun einmal gibt, sind aber geeignet für aufgeständerte Solarpaneele. Damit würde die verfügbare Parkfläche nur unwesentlich verkleinert werden. Die Parkplätze sind in privater Hand, mit den Eigentümern muss verhandelt werden. Da sind kreative Vorschläge gefragt! Überhaupt ist dieses Gewerbegebiet ungeschickt geplant. Längst sind da andernorts bessere Lösungen verwirklicht. Künftig muss bei derartigen Vorhaben die Planung auf eine breitere Basis gestellt werden; auch dafür sind anderswo schon bessere Methoden angewandt worden – selbstverständlich in gesetzlichem Rahmen! (vgl. Ziffer 8 !)

8.) Planung im Bereich des öffentlichen Verkehrs - Straßen- und Fußgängerverkehr - war ein weiteres Thema im abgelaufenen Jahr. Stichworte hier sind u.a. Bordsteinabsenkungen, sichere Fußgängerüberwege, verkehrsverlangsamende Einbauten. Dies und anderes ist sinnvollerweise bei Planungen von Baumaßnahmen gleich mitzubedenken. Der Seniorenbeirat formulierte deshalb die Forderung, in solche Planungen von vornherein miteinbezogen zu werden. Erst nachdem der Seniorenbeirat beharrlich insistierte,

kam aus dem Magistrat eine Antwort - in hemdsärmeliger Weise: „Das geht nicht!“ Auf Nachfrage, weshalb das nicht gehe, die Antwort, „weil es nicht geht“. Es gibt Kommunen (Mehrzahl) im Kreis Gießen, in denen Besprechungen in der Runde Bürgermeister, Bauamtsleiter und Vertreter des örtlichen Seniorenbeirats regelmäßig stattfinden! Ergo, es geht! Und es gibt wenig, was gegen ein solches Verfahren spricht, aber vieles, was dafür spricht. Die einschlägige Forschung hat schon längst belegt, dass reine Fachgremien nicht die besten Ergebnisse erzielen.

Das bezweifelt keineswegs die Expertise von Fachleuten. Doch es kann alleine aus der fachlichen Perspektive heraus nicht alles erkannt und bedacht werden. Dies wäre eher ungewöhnlich, und diese Erkenntnis ist nicht neu. Es bedeutet nicht unnötige Beanspruchung von Arbeitszeit; ganz im Gegenteil, die Qualität wird erhöht, wenn einige wenige aus unterschiedlicher Perspektive zusammenwirken. Voraussetzung ist, dass die Gespräche **zielgerecht und strukturiert** geführt werden. Und wenn sie so nicht geführt werden, liegt es ganz gewiss nicht am Seniorenbeirat! Im Gegenteil wird er zu diesem Punkt möglicherweise Know how einbringen können. Im Seniorenbeirat ist eine Menge Lebens- und Berufserfahrung versammelt, das sollte man nicht übergehen sondern nutzen, nutzen zum Wohl der Gemeinschaft in einer konstruktiven Zusammenarbeit erfahrener Interessierter und Engagierter.

Kommt eine Maßnahme zum Abschluss, wird oft Ärger und Missmut laut. Dies kann auf die vom Seniorenbeirat geforderte Weise eher vermieden werden, die Zufriedenheit wird verbessert. Die Bürger und Bürgerinnen machen die Erfahrung, dass sie sich wirksam einbringen können, über das Kreuzchen bei Wahlen hinaus. Demokratie wird erfahrbar. Längst machen sich Etliche, die in Politik und Gesellschaft Verantwortung tragen, Sorgen wegen des weithin laut werdenden Verdrusses an der Demokratie, häufig gar Ablehnung. Aus dieser Sicht gibt es mittlerweile Städte, die Formen von Bürgerbeteiligung erproben. In Irland hat man so etwas landesweit durchgeführt in Fragen, die die Gesellschaft zu spalten drohten. Einen ersten Versuch gab es auf europäischer Ebene durch das EU-Parlament. Selbstverständlich bleiben die Entscheidungen immer bei den gewählten und durch Gesetz bestimmten Gremien, doch diese stellen ihre Entscheidungsfindung auf eine breitere Basis. So hat Baden-Württemberg 2021 ein Gesetz verabschiedet zur dialogischen Bürgerbeteiligung, das im wesentlichen bei Infrastrukturprojekten greift. Erste Evaluierungen - z.B. durch die Verwaltungshochschule Speyer oder die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung kommen zu dem Schluss, dass durch das Verfahren nach Maßgabe dieses Gesetzes weniger Fehler geschehen und die Akzeptanz in der Bevölkerung verbessert wird.

9.) Der Gedanke **Demokratie** stand stark im Vordergrund in der Sitzung am 04.04.2022. Alle waren geschockt von dem Überfall Russlands auf die Ukraine. Ein Memorandum wurde verabschiedet, das über die Verurteilung dieses Geschehens hinaus herausstellte, dass es längst Möglichkeiten der Konfliktlösung und des Interessenausgleichs zwischen Staaten gibt. Möglichkeiten, die bereits vielfach verwirklicht wurden und durch die alte Gräben zugeschüttet wurden. Doch gibt es solche Unternehmungen fast nur in funktionierenden Demokratien.

Funktionierende und lebendige Demokratien sind die wirksamste Stütze von Frieden.

(Bernhard Wilhelm-Detzel)
Vorsitzender